P. b. b.
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1010 Wien
Versandpostamt 1010 Wien

1010 Wien, Grillparzerstraße 7/7a

freie argumente

10. Jahrgang 1983 / Folge 1

freiheitliche zeitschrift für politik

Am 24. April.
Für Österreich.
Die Freiheitlichen.

FPÖ

Die Wahlplattform 1983 der Freiheitlichen Partei.

VORWORT

Liebe Parteifreunde

Am 24. April 1983 sind wieder alle Österreicherinnen und Österreicher aufgerufen, ihre Vertreter für den Nationalrat zu wählen.
Für unsere Partei ist es wichtig, verstärkt das Vertrauen der Menschen in Österreich zu bekommen.
Durch unsere reiche Erfahrung als Kontroll- und Oppositionspartei haben wir schon sehr viel in Österreich geleistet und erreicht.
Die vorliegende Wahlplattform zeigt den Weg der FPÖ und die Inhalte unserer Arbeit auf. Je besser diese den Menschen in Österreich bewußt gemacht werden, umso größer ist unsere Chance, nach dem 24. April 1983 verstärktes Gewicht bei der Durchsetzung gesellschaftspolitischer Entscheidungen zu erreichen.
An Ihrem Einsatz wird es liegen, daß am 24. April 1983 jene Weichen gestellt werden, welche die für die Zukunft Österreichs so notwendigen Veränderungen herbeiführen.

Abg. z. NR. Dr. Norbert Steger
Bundesparteiobmann

ZUM GELEIT

Liebe Parteifreunde!

Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Freiheitlichen Bildungswerkes, Unterlagen, Materialien für die tägliche Arbeit des freiheitlichen Funktionärs aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.
Solch eine Argumentations- und Entscheidungshilfe bildet die vorliegende Wahlplattform.
In einem Dutzend Arbeitsgruppen haben über 100 Fachleute, Funktionäre und Wissenschaftler unsere Vorstellungen in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, politischer, rechtlicher und ideologischer Hinsicht zusammenfassend dargestellt.
Als Obmann des Freiheitlichen Bildungswerkes freut es mich ganz besonders, das Ergebnis dieser fruchtbaren Arbeit in entsprechender Form den freiheitlichen Funktionären und den politisch Interessierten als Hilfe für die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben zu bieten.
Möge dieses Heft Grundlage und zugleich Ansporn sein, noch intensiver für unsere freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft einzutreten.

LAbg. Horst Schender
Obmann des Freiheitlichen Bildungswerkes

FÜR ÖSTERREICH

Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) für die Nationalratswahl 1983

Die Leitlinien der FPÖ-Politik

Die FPÖ tritt für eine Politik ein, die sicherstellt, daß die Menschen ihr Leben frei nach ihren persönlichen Vorstellungen gestalten können. Obwohl die vom Liberalismus durchgesetzten Grund- und Freiheitsrechte heute in der Verfassung verankert sind und zumeist als selbstverständlich empfunden werden, ist die Freiheit für die FPÖ ein Gut, das wachsam gehütet und immer wieder aufs Neue erstritten werden muß. Die Freiheit ist in Österreich zwar nicht unmittelbar bedroht, aber anonyme Machtapparate und eine ausufernde Bürokratie beschneiden den persönlichen Bewegungsraum der Bürger auf vielfache Art.

Freiheit im Rahmen einer Ordnung

Freiheit gedeiht nicht im Chaos. Sie bedarf der Ordnung. Die Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt, Freiheitliche Ordnung verlangt daher Respektierung der Rechte des anderen und Rücksichtnahme auf sein Wohl.
Die offenkundige Verschiedenartigkeit der Menschen gibt ihnen auch die Chance, ihre Entwicklung zu einem maßgeblichen

Teil selbst zu bestimmen. Dies schließt die Freiheit des Einzelnen*) mit ein. Freiheitliche bekennen sich zur Toleranz und zur unterschiedlichen Entwicklung der Menschen.

Gleichmacherei und unüberschaubare Großorganisationen bedrohen die Freiheit. Liberale Politik bekämpft leidenschaftlich alle Kräfte, die der Gesellschaft genormtes Glück verordnen wollen.

Gerechtigkeit durch gleiche Startbedingungen

Wir wollen eine sozial abgesicherte Freiheit, die durch Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung verwirklicht wird. Dazu muß jedem, entsprechend seinen Fähigkeiten und Neigungen, jeder angestrebte Weg offen stehen und zwar ohne Benachteiligung durch soziale Herkunft. Alle gesellschaftlichen Schichten sollen offen und durchlässig sein, damit durch echten Wettbewerb ein natürlicher sozialer und leistungsgerechter Kreislauf in Gang bleibt.

Freiheitliche Gesellschaftspolitik will das Recht auf gleiche Lebenschancen verwirklichen, gleichzeitig bestehende Abhängigkeiten abbauen und neue verhindern.

Leistung belohnen

Der Mensch braucht Ansporn und Ermutigung. Die FPÖ vertritt daher eine Politik, die die Leistung des Einzelnen fördert und gerecht entlohnt. Dadurch wird jedem sein ihm zukommender Anteil am Wohlstand gesichert.

Persönliche Anerkennung, Mitbestimmung und Aufstiegsmöglichkeiten sollen zu Eigeninitiativen und Schaffensfreude Anreiz geben. Damit ist nicht allein die wirtschaftliche, sondern mindestens gleichrangig auch die geistig-kulturelle Betätigung gemeint.

Wir wollen eine Gesellschaftsordnung, in der Leistung dem Einzelnen den entsprechenden Platz in der Gemeinschaft sichert und verantwortungsloses Leben auf Kosten der Gemeinschaft nicht begünstigt wird. Wir wenden uns somit an alle, die persönlicher Leistung und Eigenverantwortung mehr vertrauen als staatlicher Bevormundung.

*) *Der besondere Stellenwert des Einzelnen im Weltbild der FPÖ verlangt – abweichend vom Duden – die Großschreibung. Für diese „liberale Orthographie" wird um Verständnis gebeten.*

Eigentum schafft Unabhängigkeit

Freiheit braucht Eigentum, denn Eigentum schafft Unabhängigkeit und gibt dem Einzelnen materielle und soziale Sicherheit. Als Partei, die sich zum Eigentum bekennt, setzen wir uns für eine breit gefächerte Eigentums- und Vermögensbildung ein. Sie reicht von der Förderung des Geldsparens über eine breite Streuung von Privateigentum am Produktionsvermögen bis zum Wohnungseigentum. Privateigentum und Erbrecht sind zu gewährleisten. Wir sehen im Eigentum aber auch eine soziale Verpflichtung, denn sein Gebrauch soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Partei der demokratischen Mitte

Die Freiheitlichen verstehen sich als politische Kraft der Mitte, die im offenen und fairen Wettbewerb der Ideen für politischen Ausgleich, für eine Politik der Sachlichkeit und der Vernunft sorgt. Von diesem Standort aus wirkt die FPÖ als eigenständiger und unabhängiger Anstoßgeber für die notwendigen Veränderungen unserer Ordnung, für ein Aufbrechen erstarrter Machtstrukturen und eine Verbesserung der staatlichen Einrichtungen.

Volksbewußte Gemeinschaft

Wir bejahen die organisch gewachsene Gesellschaft, die von den natürlichen und sittlichen Bindungen an Gemeinschaft, wie Familie, Nachbarschaft, regionale Einheit, Staat und Volk getragen wird. Dies ist das nationale Bekenntnis freiheitlicher Politik. Als Partei der Gemeinschaft wissen wir um die Bedeutung dieser lebendigen Gemeinschaften für die Selbstverwirklichung des Einzelnen. Die FPÖ bekennt sich daher auch zur gewachsenen Gliederung des Staates Österreich mit seinen Bundesländern. Dem in immer mehr Bereiche des privaten, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens eingreifenden Zentralstaat stellt die FPÖ daher das Verlangen nach einer gerechten und finanziell ausgewogenen Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber.

Europäische Gemeinschaft

Im Sinne einer aktiven Neutralitätspolitik und auf der Grundlage des Bekenntnisses zur pluralistisch-demokratischen Staatenwelt bejaht die FPÖ ein echtes internationales Engagement Österreichs als Beitrag zur Sicherheit Europas und zum Frieden in der Welt.

Als Partei, die als erste in Österreich das Ziel der europäischen Integration in ihr Programm aufgenommen hat, verstehen wir uns als d i e Europapartei.

Erneuerter Staat

Politik und Geschäft trennen

Korruption im Umkreis der Politik und die vielfach unkontrollierte Vermengung von Politik und Geschäft bei SPÖ und ÖVP haben das Vertrauen der Bürger in unsere Demokratie und die sie tragenden Parteien empfindlich beeinträchtigt. Die Folgen sind eine verstärkte Abwendung von der Politik sowie die zunehmende Tendenz, das demokratische System insgesamt in Frage zu stellen.

Die FPÖ fordert daher:

- Rasche Verabschiedung eines Vergabegesetzes*), dessen Wirkungsbereich sich auf alle der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegenden staatswirtschaftlichen Bereiche und Unternehmen erstreckt.
- Veröffentlichung von Ausschreibungen ebenso wie der erteilten Zuschläge.
- Errichtung einer rasch arbeitenden Beschwerdeinstanz für Vergabeangelegenheiten.
- Verschärfte Maßnahmen gegen Ausschreibungskartelle und Auftragserpressung.

**) Die Vorberatung dieser Gesetzesmaterie war zum Zeitpunkt der Drucklegung der vorliegenden Broschüre noch im Gang*

- Schaffung einer eigenen Rechtsform, deren sich die Gebietskörperschaften bei Großbauvorhaben zum Zwecke der begleitenden Kontrolle zwingend zu bedienen haben.
- Einführung einer Geldstrafe bei Wirtschaftsdelikten, die bis zur doppelten Höhe des angerichteten Schadens verhängt werden kann.
- Straffreiheit bei Selbstanzeige im Bereich der Wirtschaftskriminalität analog den Bestimmungen des Finanzstrafgesetzes, um gegebenenfalls die „Allianz zwischen Gebern und Nehmern" aufbrechen zu können.
- Beschränkung der öffentlichen Hand auf jene Aufgaben, die von der Privatwirtschaft nicht wahrgenommen werden können.

Parteibuchwirtschaft abbauen

Der Mensch darf nicht zum Mittel für die Zwecke anderer werden. Er ist vor jenem Anpassungsdruck zu schützen, der von einem übermächtigen Staat und anonymen Apparaten ausgeht. Sein berufliches Fortkommen hat nicht von der Zugehörigkeit zu einer Partei, sondern hat von seinen individuellen Fähigkeiten und seiner Leistung abzuhängen.

Die FPÖ fordert daher:

- Strikte Ausschaltung der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei als Auswahlkriterium bei der Postenbesetzung.
- Zwingende öffentliche Ausschreibung der Führungspositionen in allen Bereichen der öffentlichen Hand mit präziser Beschreibung der erforderlichen Qualifikationen und der Kenntnisse nach den im Wirtschaftsleben üblichen Standards.
- Überwachung der Einhaltung dieser Grundsätze durch den Rechnungshof im Zuge seiner Prüftätigkeit.
- Einrichtung einer Beschwerdekommission beim Bundeskanzleramt zur Untersuchung behaupteter Verstöße gegen die Vorschriften.
- Einführung einer jährlichen Berichtspflicht der Unternehmungen der öffentlichen Hand gegenüber den Aufsichtsgremien und Gesellschaftern über die Einhaltung und Verwirklichung der Grundsätze einer objektiven Postenvergabe.

Bürger und Verwaltung als Partner

In der Demokratie sind die Einrichtungen des Staates für die Bürger da und nicht umgekehrt. Deshalb ist die FPÖ für die Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Bürgers auf allen Ebenen. Freiheitliche Politik will zu politischer Mitarbeit ermuntern. Bürger und Verwaltung sollen sich als Partner verstehen. Aufgeblähte Bürokratien sind abzubauen. Das Leistungsangebot des öffentlichen Dienstes ist verstärkt auf die Bedürfnisse des Bürgers auszurichten.

Die FPÖ fordert daher:

- Sorgfältige Prüfung jedes Gesetzesvorhabens auf seine tatsächliche Notwendigkeit und die damit verbundenen administrativen Belastungen.
- Verbesserten Zugang zum Recht durch Eindämmung der Gesetzes- und Verordnungsflut.
- Vereinfachung der Gesetze und Verordnungen im Hinblick auf ihre Verständlichkeit und Überschaubarkeit.
- Lesbarkeit und Verständlichkeit von Komputerbescheiden.

Macht braucht Kontrolle – Kontrolle braucht Macht

Die Weiterentwicklung der Demokratie und der Ausbau des Rechtsstaates sind ein vorrangiges Anliegen der FPÖ, wobei der ständigen Verbesserung der Kontrolleinrichtungen besondere Bedeutung zukommt.

Die FPÖ fordert daher:

- Erweiterung und Neufassung der Grund- und Freiheitsrechte.
- Strikte Beachtung des Verfassungsgrundsatzes der Gewaltentrennung.
- Ausbau der direkten Demokratie durch Schaffung einer bundesverfassungsgesetzlichen Regelung, nach welcher ein Volksbegehren unter bestimmten Voraussetzungen in eine Volksabstimmung übergeleitet werden kann.
- Ausbau der parlamentarischen Minderheitsrechte im Interesse wirksamerer Kontrollmöglichkeiten der Opposition.

- Stärkung der Stellung der Untersuchungsausschüsse der Landtage analog den Untersuchungsausschüssen des Nationalrates.
- Ausbau der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit mit dem Ziel, dem Bürger den Zugang zum Recht zu erleichtern.
- Schaffung eines Verbändegesetzes, mit dem die großen und gesellschaftspolitisch mächtigen Organisationen rechtlich eingebunden werden.
- Einführung einer Wirtschaftsverfassung, mit der die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft sichergestellt und das Zusammenwirken der staatlichen Institutionen und Wirtschaftsverbände geregelt und kontrolliert wird.

Geordnete Rechtspflege

Die Rechtsordnung hat die Aufgabe, das Zusammenleben der Menschen zu regeln. Sie soll Interessenskonflikte, die zwischen den einzelnen Bürgern und der Allgemeinheit entstehen, rasch und nach klaren, feststehenden Regeln entscheiden. Sie muß vom Rechtsbewußtsein der Bevölkerung getragen sein. Wichtigste Aufgabe der Justizverwaltung ist die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für rasche und klare Entscheidungen der Gerichte.

Der Justizminister soll in erster Linie das Funktionieren der Rechtspflege gewährleisten.

Einen Überblick über die Versäumnisse der letzten Jahre auf diesem Gebiet gibt insbesondere der Notstandsbericht der Richter. Der Befund zeigt, daß es trotz großer Anstrengungen der Richterschaft zu einer Verschleppung der Rechtspflege kommt, die bis zum Stillstand reichen kann. Eine personell und materiell unterdotierte Justiz ist nicht mehr in der Lage, die Gesetzesflut zu bewältigen. Es erscheint nicht übertrieben, von einer Aushöhlung und Verschlampung des Rechtsstaates zu sprechen.

Die FPÖ fordert daher:

- Verwirklichung eines raschen Zuganges zum Recht für alle Staatsbürger durch Beschleunigung der Rechtspflege und Modernisierung der Gerichtsorganisation.
- Sicherung eines geordneten Gesetzesvollzuges durch entsprechende personelle und organisatorische Begleitmaßnah-

men, die spätestens mit dem Inkrafttreten eines Gesetzes getroffen werden müssen.

- Bewahrung und Sicherung der freien Anwaltswahl sowie der freien Berufsausübung für Rechtsanwälte, da diesem Berufsstand im Rechtsstaat eine tragende Rolle zukommt.
- Verbesserung der sprachlichen Qualität der Gesetze, damit die Anordnungen des Gesetzgebers wieder verständlich werden.
- Vorrang für den Schutz des gesetzestreuen Bürgers vor kostspieligen und risikoreichen Experimenten im Bereich des Strafvollzuges.
- Erstellung einer Analyse des tatsächlichen Personalbedarfes durch das Justizministerium im Zusammenwirken mit dem richterlichen und dem nichtrichterlichen Personal sowie der Staatsanwaltschaft für alle vier Oberlandesgerichtssprengel.
- Einsetzung einer Kommission, die die Schaffung eines allgemeinen Verfahrensgesetzes prüfen soll, mit dem die allgemeinen Verfahrensgrundsätze auf den Gebieten des zivilgerichtlichen Verfahrens, des Strafverfahrens und des allgemeinen Verwaltungsverfahrens zusammengefaßt werden.
- Weiterentwicklung und Vollausbau des im Zuge der Familienrechtsreform eingeführten Familiengerichtsstandes.
- Neuordnung des Weisungsrechtes innerhalb der Staatsanwaltschaft. Sämtliche Weisungen an die Staatsanwaltschaft sind schriftlich auszufertigen und über erfolgte Weisungen ist dem Parlament regelmäßig Bericht zu erstatten.
- Verbesserung der personellen und sachlichen Voraussetzungen bei den Strafgerichten, um ungerechtfertigte Untersuchungshaftzeiträume zu verhindern.
- Vorsorge für ausreichende und sinnvolle Arbeiten der Strafgefangenen.
- Bessere Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Ursachen der Kriminalität, um ihr gezielter bzw. vorbeugender entgegenwirken zu können.

Gesicherte Arbeitsplätze

Recht auf Arbeit für alle

Erst durch Arbeit gewinnt der Einzelne die materielle Grundlage für jenen persönlichen Freiraum, in dem er sein Leben nach seinen Vorstellungen selbst gestalten kann. Die FPÖ betrachtet daher das Recht auf Arbeit als soziales Grundrecht. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten erfordert die Erhaltung der Vollbeschäftigung vom Arbeitgeber Strukturanpassung, vom Arbeitnehmer räumliche und berufliche Mobilität. Diese wird aber beträchtlich behindert, wenn ein Arbeitsplatzwechsel mit dem Verlust jener Rechte einhergeht, die an die Dauer der Betriebszugehörigkeit gebunden sind.

Die FPÖ fordert daher:

- Verankerung des Grundrechtes auf Arbeit in der Verfassung. Als verpflichtender Auftrag an den Staat ist eine auf Arbeitsmarktförderung und Vollbeschäftigung gerichtete Strukturpolitik zu verfolgen.
- Neugestaltung der Abfertigungsregelung, wonach der Anspruch auf Abfertigung ab dem vollendeten dritten Jahr einer Betriebszugehörigkeit mit zwei Monatsbezügen entsteht und mit jedem weiteren Jahr bis zum 25. Dienstjahr im Ausmaß eines halben Monatsbezuges wächst.
- Den Betrieben ist die steuerlich begünstigte Bildung einer Abfertigungsrücklage im vollen Ausmaß des Abfertigungsanspruches einzuräumen.
- Berechnung der Dauer des Urlaubes nach den im Leben insgesamt bereits geleisteten Arbeitsjahren.

Mitbestimmung – Mitverantwortung

Überall dort, wo „Herrschaft von Menschen über Menschen" ausgeübt wird, bedarf es der Mitbestimmung als eines notwendigen Korrektivs.

Das Bekenntnis der FPÖ zur innerbetrieblichen Mitbestimmung durch freigewählte Betriebsräte und zur überbetrieblichen Interessenvertretung durch Arbeiterkammer und ÖGB ist unverändert.

Das Recht des Einzelnen auf Schutz seiner Persönlichkeit und Entfaltung seiner Fähigkeiten erfordert eine konsequente Politik zur Schaffung menschengerechter Arbeitsbedingungen. Mitbestimmung schließt auch Mitverantwortung ein. Sie setzt daher ein wachsendes Maß an Wissen, Können und Verantwortungsbereitschaft voraus.

Die FPÖ fordert daher:

- Ausbau der Selbst- und Mitbestimmungsrechte des Einzelnen am Arbeitsplatz durch Gewährleistung persönlicher Rechte bei Versetzungen, Kündigungen, Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung.
- Verbesserte Schulung und Weiterbildung aller Mitarbeiter.
- Ausbau der Möglichkeiten der Bildungsfreistellung.

Breite Vermögensstreuung

Betriebliche Partnerschaft und Leistungsgerechtigkeit werden durch Teilhabe der Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs des Unternehmens sinnvoll gefördert. Die Freiheitlichen treten folglich für die Weiterentwicklung der Möglichkeiten der Beteiligung für Arbeitnehmer an ihren Betrieben ein.

Die FPÖ fordert daher:

- Schaffung der steuer- und gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung der Beschäftigten am Kapital ihres Unternehmens.
- Steuerliche Förderung betriebsbezogener Ertragsbeteiligungssysteme.

Leistungsfähige Wirtschaft

Angesichts der derzeitigen Situation unserer Wirtschaft sind alle Maßnahmen auf eine Belebung der Konjunktur auszurichten. Dazu gehört auch, daß die Diskriminierung kleiner und mittlerer Betriebe durch die bisher vor allem auf Großunternehmen und -projekte zugeschnittene Förderungspolitik beseitigt wird.

Das heißt, Leistungsbereitschaft, Investitionsbereitschaft, Innovationswille, Risikofreude, Unternehmergeist zu bestärken und zu fördern.

Noch wichtiger als Förderungsmaßnahmen ist die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse und leistungsfeindlicher Belastungen, die die Entfaltung wirtschaftlicher Initiativen und Österreichs Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten beeinträchtigen.

Die FPÖ fordert daher:

- Stärkung der Betriebe durch Maßnahmen zur Eigenkapitalbildung. Die Besteuerung des Unternehmensertrages soll unabhängig von der Rechtsform der Unternehmensart durch eine einheitliche Unternehmensertragssteuer (Betriebssteuer) erfolgen.
- Abschaffung der Kreditgebühr und der Bankplatzsteuer als Beitrag zur Dämpfung des derzeitigen Hochzinsniveaus.
- Schaffung eines flexiblen und dezentralen Förderungsinstrumentariums mit direkten und indirekten Förderungsmaßnahmen und Zielsetzungen, bei dem allerdings Gewähr dafür bestehen muß, daß die Betriebe ihre Investitionsentscheidungen selbst treffen können.
- Ausbau der derzeitigen Möglichkeiten, Investitionsrücklagen zu bilden, auch unter Einschluß der Zulässigkeit von Innovationen immaterieller Art.
- Flexibilität hinsichtlich der branchenweisen Arbeitszeit im Zuge einer allfälligen künftigen Arbeitszeitverkürzung im Wege von Kollektivvertragsverhandlungen und Betriebsvereinbarungen.
- Begünstigung der Entwicklung technisch und wirtschaftlich höherwertiger Produktionen.
- Förderung von energie-, rohstoff- und natursparenden Strukturveränderungen der österreichischen Wirtschaft.
- Einführung eines teilweisen Verlustrücktrages im Sinne der dynamischen Bilanztheorie.
- Möglichkeit der Bildung von Wiederbeschaffungsrücklagen.
- Generelle Verkürzung der Abschreibungszeiträume oder Einführung der degressiven Abschreibung.
- Starthilfe bei der Gründung von Exportringen für Klein- und Mittelbetriebe.

„Marshall-Plan" für benachteiligte Regionen

Die Regionalpolitik muß darauf abzielen, alle wünschenswerten Anpassungsvorgänge zu unterstützen. Dem sind die Instrumente der Raumordnung dienstbar zu machen, um die bestehenden regionalen Ungleichgewichte bzw. die Benachteiligung der Grenzregionen zu beseitigen. Darauf zielt der von den Freiheitlichen entwickelte „Marshall-Plan" ab, dessen Realisierung, obwohl sie dringend geboten erscheint, noch immer auf sich warten läßt.

Die FPÖ fordert daher:

- Erfassung der Stärken und Schwachpunkte jeder Region (Engpaßanalyse).
- Neueinteilung der besonders zu fördernden Gebiete.
- Vorrang der Förderung bereits bestehender erhaltungswürdiger Betriebe.
- Hohe Zinsstützung und längere Kreditlaufzeiten für Förderungen in den in der Engpaßanalyse besonders ausgewiesenen Gebieten.
- Ausweitung der produktiven Arbeitsmarktförderung (PAF) auf das Baunebengewerbe in den in der Engpaßanalyse besonders ausgewiesenen Gebieten.
- Vereinheitlichung und Straffung des bestehenden Förderungsinstrumentariums.
- Information der Förderungswerber hinsichtlich der voraussichtlichen Art, Höhe und zeitlichen Abwicklung der zu erwartenden Förderung in Form eines Zwischenbescheides binnen drei Monaten ab vollständiger Antragstellung.
- Dezentrale Abwicklung von Förderungsaktionen, für die Bund und Länder gemeinsam Zuschüsse leisten.
- Transportkostenausgleich in den besonders zu fördernden Gebieten für dort ansässige Hauptniederlassungen, etwa in Form einer variierten LKW-Besteuerung.

Leistungswettbewerb fördern

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat zusätzliche Belastungen der Unternehmen gebracht. Diese gefährden vor allem die gewachsene und durchaus leistungsfähige mittelständische Wirtschaft, die nicht mit waghalsigen Sanierungsaktionen auf Staatskosten rechnen kann.

Eines der wichtigsten Ziele der Wirtschaftspolitik ist daher die Wiederherstellung eines gerechten und geordneten Wettbewerbs. Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist zu verhindern.

Die FPÖ fordert daher:

- Schutz der freien mittelständischen Unternehmen vor Monopolbildungen.

- Eindämmung der Marktmacht der Großgenossenschaften bzw. Rückführung ihrer Tätigkeit auf die ursprüngliche Zweckbestimmung.
- Reform des Genossenschaftsrechts mit dem Ziel einer Stärkung der Stellung der örtlichen Genossenschaften gegenüber dem zentralen Verband sowie einer Erweiterung der Rechte des einzelnen Genossenschaftsmitgliedes.
- Verschärfung der Mißbrauchsbestimmungen im österreichischen Kartellrecht.

Leistungsgerechte Steuerpolitik

Die österreichische Steuergesetzgebung ist leistungsfeindlich und für den Großteil der Steuerpflichtigen kaum noch durchschaubar. Sie ist mit hohem Verwaltungsaufwand sowohl beim Fiskus als auch beim Steuerpflichtigen verbunden und durch Doppelbesteuerungen gekennzeichnet. Ziel einer notwendigen Generalreform ist ein gerechtes, einfaches und leistungsförderndes Steuersystem, das zum Rohstoff- und Energiesparen anregt, die Arbeitsplätze sichert sowie die Eigentumsbildung fördert.

Die FPÖ fordert daher:

- Schaffung breiter Proportionalbänder anstelle der bestehenden relativ schmalen Progressionsstufen im Einkommen (Lohn)steuertarif.
- Einführung einer Proportionalzone mit einheitlichem Grenzsteuersatz für Einkommen bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage, wobei sich die Bemessungsgrundlage aus dem jährlichen Bruttobezug abzüglich des steuertariflichen Existenzminimums ergibt.
- Einsetzen der Progression erst nach der Proportionalzone in breiten Proportionalbändern von S 100.000,– bis S 500.000,– bis zur derzeitigen Höchstbemessungsgrundlage.
- Anhebung des steuerlichen Existenzminimums auf die Höhe des Richtsatzes der ASVG-Pensionen, um durch den Wegfall dieser steuerlichen Bagatellfälle Verwaltungseinsparungen zu erzielen.
- Steuerliche Absetzung der Vermögenssteuer von der Einkommen(Lohn)steuer, weil Vermögen einen bereits einmal versteuerten Arbeitsertrag darstellt.

- Abschaffung der veralteten und ungerechten Gewerbesteuer. Hand in Hand damit muß eine Änderung des Finanzausgleichs erfolgen.
- Auslaufen der Lohnsummensteuer, die als Kopfsteuer auf jedem Arbeitsplatz lastet und damit in Widerspruch zu den Zielsetzungen der Beschäftigungspolitik steht.
- Vereinfachung der Getränkesteuer mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Fremdenverkehrs zu erhalten.

Gesunde Staatsfinanzen

Die Hauptaufgabe der Budget- und Steuerpolitik muß derzeit darin bestehen, die Konjunktur zu beleben und damit Arbeitsplätze zu sichern. Dem kann der österreichische Staatshaushalt auf Grund jahrelanger verantwortungsloser Schuldenpolitik, auch in den Zeiten der Hochkonjunktur, heute nur mehr in sehr beschränktem Ausmaß nachkommen.

Die FPÖ fordert daher:

- Erstellung eines mittelfristigen Budgetsanierungskonzeptes, um den budgetpolitischen Handlungsspielraum wieder zu gewinnen.
- Defizitbegrenzung durch Einsparungen bei jenen Budgetpositionen, von denen wenig oder keine konjunkturbelebenden Anstöße ausgehen.
- Expansives Budgetieren in Bereichen, von denen besonders konjunkturbelebende Impulse erwartet werden können.
- Festlegung einer Höchstgrenze der Steuer- und Abgabenquote als Richtschnur für die Gestaltung der Fiskalpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden. Die derzeitige Höhe von rund 42% des Bruttoinlandsproduktes soll nur im Wege einer Volksabstimmung überschritten werden können.
- Schrittweise Verlagerung des derzeitigen Schwerpunktes bei der direkten Besteuerung (Besteuerung des „Arbeitsertrages") zu einer gut differenzierten Verbrauchsbesteuerung.
- Begrenzung der Steigerungsraten der Gesamtausgaben auf ein geringeres Ausmaß als das der Steigerungsraten der Einnahmen.

- Budgetmittelvortrag in den einzelnen Ressorts auf das nächste Jahr, um zu verhindern, daß vor Jahresende allenfalls noch nicht in Anspruch genommene Gelder unnötigerweise ausgegeben werden.
- Jährliche Nullbudgetierung in jedem Ministerium, damit nicht einfach die jeweiligen Ansätze, um eine entsprechende Steigerungsrate erhöht, fortgeschrieben werden.
- Anwendung einer Input-Output-Rechnung, um die zur Konjunkturbelebung einzusetzenden Mittel auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

Erneuerte Agrarpolitik

Unter dem Druck übergeordneter wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Zielsetzungen sowie bedingt durch den technischen Fortschritt hat sich in der Landwirtschaft während der letzten Jahrzehnte ein umfassender Strukturwandel vollzogen. Dieser hat den Bauernstand stark dezimiert, ohne die Situation der verbliebenen bäuerlichen Bevölkerung zu verbessern. Das geht vor allem daraus hervor, daß trotz steigender Pro-Kopf-Einkommen das durchschnittliche Einkommensniveau in der Landwirtschaft weit unter jenem anderer Berufsgruppen liegt und die bäuerliche Bevölkerung in vielen sozialrechtlichen Belangen kraß benachteiligt ist. Die traditionelle österreichische Agrarpolitik erschöpft sich seit langem nur noch in bloßer Improvisation zur Bewältigung akuter Krisen.

Die FPÖ fordert daher:

- Erhaltung einer leistungsfähigen, bäuerlich strukturierten Landwirtschaft mit dem Ziel einer gleichrangigen Teilnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung (Paritätseinkommen).
- Ausreichende und möglichst gleichmäßige Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit gesunden und hochwertigen Erzeugnissen der inländischen Landwirtschaft unter Berücksichtigung einer ausreichenden und dezentralisierten Bevorratung von Grundnahrungsmitteln und wichtigen landwirtschaftlichen Bedarfsgütern.
- Reform des Kalkulationsmodells für amtlich geregelte Agrarpreise mit dem Ziel gewinnbringender Erzeugerpreise.

- Aufbau einer inländischen Eiweißfutter- und Ölsaatenerzeugung, um vom Ausland unabhängiger zu werden und um den Angebotsdruck auf den Getreidemärkten zu mindern.
- Schaffung neuer agrarischer Absatzmärkte, insbesondere durch Beimischung von Äthanol in Vergasertreibstoffe.
- Anpassung der Treibstoffvergütung bei Dieselöl für die Landwirtschaft an die Verhältnisse in den übrigen europäischen Ländern.
- Spezial-Förderungsprogramm für in ihrer Existenz gefährdete bäuerliche Vollerwerbslandwirte, um die Arbeitsplätze in diesen Betrieben zu sichern. Dies soll insbesondere durch zinsenlose Agrarinvestitionskredite für Betriebsumstellung, verbesserte Förderungsmöglichkeiten im Wohnhausbau sowie durch Befreiung von den Wegebaukosten im Rahmen der ländlichen Verkehrserschließung erfolgen.
- Ersatz des Barleistungssystems in der bäuerlichen Krankenversicherung durch Direktverrechnung zwischen Arzt und Kasse bei gleichzeitiger Beseitigung des 20%igen Selbstbehaltes für Einkommensschwache.
- Schaffung eines umfassenden Mutterschutzes für die Bäuerin.
- Anhebung der bäuerlichen Unfallrenten.
- Verwirklichung eines Hofsanierungsprogrammes, das sich auf die Sanierung der landwirtschaftlichen Altgebäude konzentriert.
- Sicherung des agrarischen Energiebedarfes, insbesondere auch durch Förderung der Energieerzeugung auf der Grundlage von Biomasse.
- Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft sowie der Besiedlungsdichte, besonders in den von der Entvölkerung bedrohten Regionen und Grenzlandgebieten.
- Verstärkte Rücksichtnahme auf die ökologischen Wechselwirkungen der landwirtschaftlichen Produktion.

Geborgen in der Gemeinschaft

In sozialer Sicherheit leben

Zwischenmenschliche Beziehungen können nicht durch Institutionen ersetzt werden. Staatliche Einrichtungen entbinden den Einzelnen keineswegs von seiner Verantwortung für sich selbst und von seiner sozialen Verpflichtung gegenüber dem Mitmenschen. Aufgabe einer gerechten Sozialpolitik ist nicht der totale

Versorgungsstaat, sondern die Menschen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall und materieller Not zu schützen, ihnen im Alter ein Leben in Würde zu garantieren und den Bedürftigen zu helfen.

Die FPÖ fordert daher:

- Steuerliche Begünstigungen der über eine allgemeine Grundversorgung hinausgehenden Eigenvorsorge.
- Errichtung eines einheitlichen Pensionsversicherungssystems mit beitragsbezogenen Leistungen bei Sicherstellung einer Grundversorgung.
- Abbau der derzeit stark aufgeblähten und kostspieligen Verwaltungsapparate der Sozialversicherungsträger.
- Schaffung eines wirkungsvollen Aufsichtsrechtes über die Sozialversicherungen.
- Einrichtung einer eigenen Sozialgerichtsbarkeit, die durch ordentliche Gerichte ausgeübt wird.
- Milderung der Härten der Anrechnung des fiktiven Ausgedinges bei Bauernpensionen.
- Schaffung eines allgemeinen Behindertenausweises, der zur ermäßigten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigt.
- Abgeltung der gestiegenen Heizkosten für Pensionisten und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen.

Frau und Mann als gleichberechtigte Partner

Um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frau und Mann zu erreichen, ist es notwendig, sich von den traditionellen Rollenbildern zu lösen. Unsere Gesellschaftsordnung muß so eingerichtet werden, daß Frau und Mann die gleichen Rechte und Möglichkeiten hinsichtlich Ausbildung und Berufstätigkeit erhalten. Dieses Ziel läßt sich aber durch gesetzliche Regelung allein nicht verwirklichen. Partnerschaft muß gelehrt und vorgelebt werden.

Die FPÖ fordert daher:

- Frau und Mann haben bei gleicher Berufsstellung Anrecht auf gleiche Bezahlung und gleiche Bewertung der erbrachten Leistung.
- Anrechnung der Zeiten der Kindererziehung in der Dauer von 3 Jahren auf die Pensionsbemessung, damit aus diesem Umstand kein sozialversicherungsrechtlicher Nachteil erwächst.

- Erweiterung des Bildungszieles der Schule um den Begriff „Partnerschaft", damit der heranwachsenden Generation gleichberechtigte Partnerschaft selbstverständlich wird.

Kultur als Ausdruck menschlicher Freiheit

Die schöpferische oder nachschöpferische Teilnahme an Kunst und Kultur dient der Selbsterfüllung der Menschen und der vollen Entfaltung seiner inneren Freiheit. Kultur darf nicht mit jenem Kulturbetrieb verwechselt werden, der mehr oder weniger auf Repräsentation ausgerichtet ist und vorzuschreiben versucht, wo die Grenzen des kulturellen Wertes oder Unwertes liegen. Aufgabe freiheitlicher Kulturpolitik ist es daher, allen kulturellen Betätigungen den größtmöglichen Freiheitsraum zu sichern und es allen Menschen zu ermöglichen, ihre kulturellen Bedürfnisse nach eigenem Wollen und Verständnis zu befriedigen.

Da Kunst und Kultur als höchste Ausdrucksform menschlichen Wollens auch eine große politische Bedeutung haben und es kein wertfreies Kulturgeschehen gibt, ist es eine vordringliche Aufgabe, darüber zu wachen, daß Kulturpolitik nicht zu parteipolitischer Indoktrinierung und damit zur Massenmanipulation mißbraucht wird.

Die Pflege der bäuerlich-handwerklichen Volkskultur, des zeitgenössischen Handwerks und der Schutz des gewachsenen Kulturraumes stellen wesentliche Bestandteile der Kulturpolitik dar. Die Sprache ist nicht nur Verständigungsmittel, sondern das wertvollste Kulturgut, über das ein Volk verfügt. Es ist daher Aufgabe der Kulturpolitik, dafür zu sorgen, daß die Sprachkultur nicht verflacht. Reichtum, Vielfalt und Schönheit der Sprache müssen bewußt gepflegt werden, nicht nur in der Schule, sondern im gesamten Wirkungsbereich des Staates und in den Massenmedien.

Die FPÖ fordert daher:

- Schutz der Freiheit des Einzelnen oder einzelner Gruppen auch im Bereich der Kultur.
- Steuerliche Begünstigung von Privatpersonen oder Institutionen, die Werke lebender Künstler kaufen.
- Möglichkeiten zur steuerrechtlichen Aufteilung der unregelmäßig anfallenden Einnahmen freischaffender Künstler über mehrere Steuerperioden, um den Künstler vor den Nachteilen einer temporären unverhältnismäßigen Steuerprogression zu bewahren.

- Verbesserung der sozialen Absicherung der freischaffenden Künstler.
- Eine freiheitlich konzipierte Kulturpolitik, die sich nicht staatlich isoliert, sondern das Bewußtsein fördert, daß wir dem deutschen Kulturraum angehören und unter Wahrung ihrer regionalen und historischen Besonderheiten europäisch orientiert. Den kulturpolitischen Anliegen der in Österreich lebenden Minderheiten ist ebenfalls Rechnung zu tragen.
- Allgemeinen Zugang zu Kulturgütern und kulturellen Einrichtungen, die aus öffentlichen Mitteln erhalten werden. Dazu gehört insbesondere auch die regelmäßige Übertragung von Aufführungen der Bundestheater durch den Österreichischen Rundfunk.
- Mitwirkung der Künstler bei der Kunst- und Kulturförderung, um in diesem Bereich staatlichen Dirigismus zu vermeiden.
- Mitspracherecht der Kulturschaffenden bei Erstellung von Richtlinien für die Vergabe von Kunstförderungsmitteln.

Familie anerkennen

Die Familie steht organisch zwischen Individuum und Gesellschaft. Wird das eine oder andere einseitig betont, dann erfährt die Familie nur geringe Wertschätzung. In Wirklichkeit aber ist sie die wichtigste Gemeinschaft. Die unvollständige Familie bedarf des besonderen Schutzes der Gesellschaft. Ziel freiheitlicher Familienpolitik ist die Schaffung einer familien- und kinderfreundlichen Umwelt. Der Staat hat die Familienautonomie zu respektieren und sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen zu beschränken.

Die FPÖ fordert daher:

- Erhöhung der Kinderbeihilfe für Kinder ab dem 15. Lebensjahr, um die mit dem Lebensalter steigenden Kosten angemessen zu berücksichtigen.
- Steuerliche Berücksichtigung bestehender Sorgepflichten für Kinder und den nicht berufstätigen Ehepartner.
- Wirksame Förderung familiengerechten Wohnbaus.
- Erweiterung der Möglichkeiten, die Erziehungsaufgaben der Familie durch gleitende Arbeitszeit, Teilzeitbeschäftigung und Arbeitsplatzteilung zu erleichtern.
- Erleichterung des Wiedereintritts in das Berufsleben nach längerer Unterbrechung durch entsprechende Einrichtungen der

Erwachsenenbildung und Arbeitsmarktförderung.
- Bessere Verzinsung der Gelder des Familienlastenausgleichs.

Bedarfsgerechtes Wohnen

Bedarfsgerechtes Wohnen ist ein entscheidender Bestandteil der Lebensqualität. Dieser Erkenntnis ist die bisherige Wohnungspolitik in keiner Weise gerecht geworden. Darüber hinaus schafft sie vielfach Abhängigkeiten von politischen Parteien und Genossenschaften, die es abzubauen gilt.

Ziel freiheitlicher Wohnungspolitik ist es, jedem Bürger zu erschwinglichen Preisen eine Wohnung zugänglich zu machen, die von ihrer Qualität her ein größtmögliches Maß an Zufriedenheit sicherstellt.

Die FPÖ fordert daher:

- Einheitliche gesetzliche Regelung für den gesamten Wohnungsmarkt, also für Altbauten, geförderten Wohnbau, frei finanzierte Wohnungen.
- Förderung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.
- Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen zum Abschluß befristeter Mietverträge.
- Verankerung einer mit dem Planungsbeginn einsetzenden Mitbestimmung der zukünftigen Wohnungsinhaber bei Neubauten. Die wünschenswerte Flexibilität und Individualität in der räumlichen Gestaltung soll durch das System der sogenannten „Rohwohnungen" erleichtert werden.
- Umstellung der Wohnbauförderung auf Subjektförderung, d. h. öffentliche Mittel zur Wohnraumbeschaffung sind nicht den Bauträgern, sondern den Wohnungswerbern im Kreditwege und unter Berücksichtigung der sozialen Belastbarkeit zur Verfügung zu stellen.
- Ausdehnung der Wohnbeihilfe auf Mieter von Altbauwohnungen.
- Verhinderung der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Wohn- oder Mietzinsbeihilfen durch regelmäßige Überprüfung der Voraussetzungen auf Grund derer sie gewährt wurden.
- Entpolitisierung der Wohnbaugenossenschaften durch Einführung von Unvereinbarkeitsbestimmungen für politische Mandatare hinsichtlich einer Tätigkeit im Vorstand und Aufsichtsrat von Wohnbauträgern.
- Einrichtung einer effizienten Kontrolle von gemeinnützigen und genossenschaftlich organisierten Wohnbauträgern.

Erfüllter Lebensabend

Die besten Bedingungen für einen erfüllten Lebensabend findet der ältere Mensch in der eigenen Familie, im Kreis jener Mitmenschen, von denen er auf Grund engster persönlicher Bindungen, Zuneigung, Verständnis und Hilfsbereitschaft am meisten erwarten darf. Die in der heutigen Sozialstruktur überwiegende Kleinfamilie ist aber vielfach nicht mehr in der Lage, diese wichtige Funktion zu erfüllen. Umso mehr ist es neben der Familie daher die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, die den älteren Bürgern ein Leben in Würde und Geborgenheit zu gewährleisten hat. Der ihnen für ihr Lebenswerk und ihre Aufbauleistung geschuldete Dank macht dies zur selbstverständlichen Pflicht.

Die FPÖ fordert daher:

- Schaffung altengerechter Wohnungen im Rahmen des allgemeinen Wohnungsbaues, die das Zusammenleben zwischen Jung und Alt in einem Zweiwohnungsverband ermöglichen.
- Schaffung der Möglichkeit des schrittweisen Überganges in die Pensionierung durch nach Altersgruppen gestaffelte, fallende Arbeitszeiten.
- Familienzulagen, um die Pflege alter Menschen zu Hause, in gewohnter Umwelt, nicht an finanziellen Problemen scheitern zu lassen.
- Vertretungsrecht für Funktionäre von Seniorenorganisationen vor den Schiedsgerichten der Sozialversicherung.
- Altengerechte Gestaltung der Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs.
- Förderung von privaten Initiativen zur Leistung sozialer Hilfestellung jeder Art in Ergänzung des Systems der staatlichen Sozialeinrichtungen durch „kleine Netze".
- Einbeziehung der Frühpensionisten und Invaliditätspensionisten in die bei den öffentlichen Verkehrsmitteln für Senioren bestehenden Ermäßigungen.
- Ausbau der vor allem in den Ballungsgebieten bestehenden Sozialdienste, wie Essen auf Rädern, Heimhilfen, Hauskran-

kenpflege und der Nachbarschaftshilfe im ländlichen Raum.
- Ergänzung der von den Altersheimen erbrachten Leistungen durch Bereitstellung ausreichender Pflegeheimplätze, um im Bedarfsfall eine entsprechende medizinische Betreuung älterer Menschen sicherzustellen.

Freiheit in Sicherheit

Ein Leben in Freiheit hat auch zur Voraussetzung, daß die Bürger in Sicherheit leben können. Dafür zu sorgen, ist eine der elementaren Aufgaben des Staates. Diese Aufgabe kann ohne eine gut ausgebildete Exekutive nicht erfüllt werden. Durch Resozialisierungsbemühungen können Sicherheitsmaßnahmen der Exekutive sinnvoll ergänzt, jedoch keinesfalls ersetzt werden. Mit Rücksicht auf das in den letzten Jahren immer akuter gewordene Suchtgiftproblem mit all seinen kriminellen Begleiterscheinungen werden hier besondere Anstrengungen notwendig sein. Ähnliches gilt auch mit Blick auf das Überhandnehmen einzelner Formen der Kleinkriminalität, vor allem der mutwilligen Zerstörung von öffentlichen Einrichtungen.

Die FPÖ fordert daher:

- Verstärkte Bemühungen, um Ausbildung, technische Ausrüstung und Bewaffnung der Exekutive den heutigen Erfordernissen der Verbrechensbekämpfung anzupassen.
- Mehr Bürgernähe bei der Wahrnehmung der Sicherheitsaufgaben. Der schon seit langem verloren gegangene persönliche Kontakt zwischen der Exekutive und der schutzsuchenden Bevölkerung muß wieder hergestellt werden (z. B. Streifendienst zu Fuß, lokale Wachstuben).
- Gezieltere Bekämpfung des Vandalismus, insbesondere durch den Einsatz von Kriminalbeamten.
- Breitere Aufklärung über das Suchtgiftproblem durch schriftliche und mündliche Informationen für Lehrer, Eltern und Schüler.
- Betreuung gefährdeter Jugendlicher nach dem Streetworkersystem.
- Wirkungsvollere Verfolgung des Drogenhandels durch Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen sowie auch der personellen Voraussetzungen in der Exekutive.

- Einsatz einer ausreichenden Zahl von Suchtgiftspürhunden.
- Bereitstellung der tatsächlich benötigten Plätze für die Behandlung Drogenabhängiger.
- Androhung lebenslanger Strafhaft für Organisatoren und Drahtzieher des Drogenhandels.
- Herauslösung hoffnungslos Süchtiger aus der Umfeldkriminalität durch Stabilisierung mit der Ersatzdroge Methadon.
- Aufbau einer Ausländerstatistik, die allen fremdenpolizeilichen Erfordernissen tatsächlich gerecht wird.
- Wahrung der humanitären Rolle Österreichs als Erstaufnahme- bzw. Durchgangsland für Flüchtlinge, da deren endgültige Aufnahme unsere Möglichkeiten bei weitem übersteigen würde. Die derzeitige Flüchtlingssituation in Österreich erfordert verstärkte Zusammenarbeit mit den klassischen Einwanderungsländern.

Geschützte Heimat

Für die FPÖ ist die militärische Landesverteidigung neben der Außenpolitik ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Sicherheitspolitik. Ein Staat, der nicht alle zumutbaren Anstrengungen zu seinem Selbstschutz unternimmt, untergräbt damit sein außenpolitisches Gewicht. Das neutrale Österreich darf kein militärisches Vakuum bilden. Allerdings wird nur durch die Aufklärung in allen Schichten der Bevölkerung das notwendige Verständnis aller für eine umfassende Landesverteidigung zu erreichen sein.

Die FPÖ fordert daher:

- Rascheste Ergänzung des derzeit nur den militärischen Teil umfassenden Landesverteidigungsplanes durch die geistige, zivile und wirtschaftliche Komponente.
- Verstärkte alarmmäßige Mobilmachungsübungen zur Verwirklichung des Milizsystems.
- Beschleunigung des Kasernenbau- und sanierungsprogrammes.
- Vervollständigung und Modernisierung von Waffen, Gerät und Ausstattung unter Berücksichtigung der möglichen militärischen Anlaßfälle. Dazu gehört neben der bereits vorhandenen

elektronischen Luftraumüberwachung eine begrenzte Anzahl qualifizierter Flugzeuge und Abwehrlenkwaffen.
- Beseitigung des Mangels an qualifiziertem Kaderpersonal durch finanzielle und organisatorische Maßnahmen, wie zum Beispiel durch den verstärkten Einsatz von „Soldaten auf Zeit".
- Rückgriff auf eingeschränkt Taugliche zur Systemerhaltung, um das Minderangebot an Grundwehrdienern in der Mitte der Achtzigerjahre bewältigen zu können.
- Gewährleistung der krisensicheren Versorgung des Heeres durch Erhaltung der heimischen Waffenproduktion.
- Ausbau der festen Anlagen zur Erfüllung des Raumverteidigungskonzeptes.
- Verbesserung des Versicherungsschutzes von Wehrdienern für Freizeitunfälle.
- Erstellung eines Konzeptes zur Verbesserung von Freizeiteinrichtungen für Wehrdiener.
- Herstellung der Wehrgerechtigkeit im Dienste der Allgemeinheit zwischen Wehr- und Zivildienern durch Beseitigung des bestehenden Mißverhältnisses hinsichtlich Gesamtdienstzeit, Freizeit, Disziplinarrecht und Geldbezug.
- Tatsächliche Einbeziehung der Zivildiener in die umfassende Landesverteidigung.
- Erstellung eines Zivildienst-Einsatzplanes für den Katastrophen- bzw. Kriegsfall in Zusammenarbeit mit den Zivildienstorganisationen.
- Gezielte Ausbildung der Zivildiener in Bereichen, die auch für einen Einsatz im Katastrophenfall in Frage kommen. Hiezu gehört insbesonders eine verstärkte Heranziehung für den Zivilschutz.
- Schaffung einer bundesgesetzlichen Regelung des Zivilschutzwesens.

Sichere Zukunft

Chancengerechte Bildungspolitik

Die jungen Menschen von heute sind die Entscheidungsträger von morgen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, aktiv, verantwortungsbewußt und ihren Fähigkeiten gemäß an der Weiterentwicklung der Demokratie innerhalb unserer pluralistischen Gesellschaft mitzuarbeiten.

Die Schule hat durch ein ausreichendes Angebot an Bildungszielen und Bildungsinhalten, das den verschiedenen geistigen und manuellen Begabungen gerecht wird, die besten Voraussetzungen zur Erreichung dieses Zieles zu schaffen.

Darüber hinaus soll sie den Schülern den Wert der Bildung als persönliche Lebensbereicherung näherbringen und sie zur Bereitschaft zu ständiger Weiterbildung führen.

Die FPÖ fordert daher:

- Weniger Ideologie und mehr Pädagogik, damit endlich eine auf die pädagogischen Bedürfnisse ausgerichtete Schulreform in Angriff genommen werden kann.
- Ausbau des differenzierten Schulsystems, um jedem, ungeachtet seiner sozialen Herkunft, eine seinen Anlagen gemäße bestmögliche Förderung zuteil werden zu lassen.
- Gezielte Förderung aller Begabungen und Weckungen der Leistungsbereitschaft, damit im Interesse der geistigen und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs alle Aktivelemente der Bevölkerung zur Entfaltung gebracht werden.
- Vorrang für die innere Schulreform, um den Schulalltag kindgerechter und anregender zu gestalten.
- Schrittweise Verringerung der Klassenschülerhöchstzahl in allen Schultypen und -stufen, um dem einzelnen Schüler eine bessere Förderung angedeihen zu lassen und ihm das Lernen durch Üben in der Schule zu erleichtern.
- Rasche Inangriffnahme der Lehrplanreform, um den Bildungsertrag, der derzeit durch die im Vordergrund stehende Quantität an Lehrinhalten nicht mehr in entsprechendem Ausmaß gewährleistet ist, wieder zu erhöhen.
- Schaffung gerechterer Beurteilungsgrundlagen, um die um sich greifende Schulangst zu verringern und in der Folge höhere Leistungen zu ermöglichen.
- Mehr Partnerschaft in der Schule durch gerechte Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen Lehrern und Schülern.
- Abbau der Bürokratie, damit den Lehrern mehr Zeit zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben zur Verfügung steht.
- Verstärkter Kunst- und Kulturunterricht, um Kreativität, Ausdrucks- und Kritikfähigkeit der Kinder zu schulen.
- Verbesserung der Lehrerausbildung in pädagogischer und methodischer Hinsicht.

- Vorrang der Familie vor der Schule und daher kein Zwang zum Besuch der Vorschule, da die Erziehung im Familienverband eine naturgegebene ist und einen für die Persönlichkeitsentfaltung wichtigen Erfahrungswert für das Kind darstellt.
- Förderung der Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule, weil eine funktionsgerechte Mitwirkung der Eltern zur Verwirklichung der Schulgemeinschaft unbedingt erforderlich ist.
- Intensive und koordinierte Bildungs- und Berufsberatung, um eine falsche Schullaufbahnwahl, die der individuellen Begabung nicht gerecht wird, unnötige Belastungen schafft und die Lernmotivation beeinträchtigt, möglichst zu verhindern.

Wissenschaft als Wegweiser

Die Universitäten als besondere Stätten für Forschung und Lehre haben die Aufgabe, frei von ideologischem Zwang, wissenschaftliche Erkenntnisse zu erarbeiten, anwendbar zu machen und weiter zu vermitteln. Sie sollen ein genügend großes und leistungsfähiges geistiges Potential für die Weiterentwicklung auf sämtlichen Gebieten des Lebens schaffen.

Diese Aufgabe wird durch die stark steigenden Studentenzahlen, durch die Grenzen der Finanzierbarkeit und die geistigen Widersprüche der gegenwärtigen Epoche erschwert. Die Qualität von Forschung und Lehre wird dadurch gleichermaßen gefährdet.

Die FPÖ fordert daher:

- Verbesserte Forschungsmöglichkeiten an unseren Universitäten durch mehr Forschungssemester für Professoren und durch eine Entlastung des wissenschaftlichen Personals von administrativer Tätigkeit.
- Verbesserung des Austausches von wissenschaftlichem Personal zwischen den Universitäten und zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen des In- und Auslandes.
- Eine den heutigen Erfordernissen entsprechende Regelung des Assistentendienstrechtes.
- Schaffung eines flexibleren Dienstpostenplanes und einer funktionsgerechteren Personalstruktur, unter anderem durch den Einsatz von „Projektassistenten".

- Erhaltung des qualitativen Standards durch klare Anforderungskriterien für die einzelnen Studiengänge, objektive und leistungsgerechte Beurteilungskriterien sowie bessere individuelle Betreuungsmöglichkeiten im Interesse einer begabungsgerechten Ausbildung.
- Verbesserung der Hochschuldidaktik durch Verpflichtung zur methodischen Aus- und Weiterbildung auf diesem Gebiet.
- Ausbau der universitären Autonomie und Verantwortlichkeit bei klarer Abgrenzung gegenüber der ministeriellen Verwaltungskompetenz.
- Ausreichende budgetäre Vorsorge für die universitäre und außeruniversitäre Forschung im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit Österreichs.
- Aufstockung der Mittel für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Gesunde Umwelt – unsere Lebensgrundlage

Ein zentrales Problem unserer Zeit ist das gestörte Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt. Umweltpolitik ist auf die Dauer gesehen die einzige Rettung vor der ökologischen Selbstvernichtung der Menschheit. Die Hauptursachen der drohenden Umweltkatastrophe sind Umweltverschmutzung, Umweltvergiftung und atomare Verseuchung, Mißbrauch und Vergeudung von begrenzt vorkommenden Rohstoffen und übermäßiger Energieverbrauch sowie Zerstörung der Natur durch unüberlegte kurzfristige Nutzung und planlose Zersiedelung.

Die Erhaltung einer gesunden und menschenwürdigen Umwelt muß somit der übergeordnete Wertmaßstab aller wirtschaftlichen und technologischen Maßnahmen werden.

Die FPÖ fordert daher:

- Verankerung des Grundrechtes auf eine menschenwürdige Umwelt durch Aufnahme eines Umweltschutzartikels in die Bundesverfassung.
- Aufbau eines neuen Umweltbewußtseins in der Bevölkerung durch gezielte Wissensvermittlung in der Schule, in der Erwachsenenbildung und in den Medien.

- Vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung nicht wieder gutzumachender Umweltschäden, um zukünftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.
- Anwendung des Verursacherprinzips, wonach die Umweltschutzkosten grundsätzlich vom Verursacher zu tragen sind. Die Kosten für die Wiedergutmachung von Umweltschäden, deren Ursachen weit in die Vergangenheit zurückreichen, müssen von einer größeren Gemeinschaft getragen werden.
- Beteiligung der Bürger an umweltbeeinflussenden Entscheidungen um lebensnahe Lösungen zu finden.
- Schaffung und Weiterentwicklung umweltschutzrechtlicher Maßnahmen und Normen in allen Bereichen. Dazu gehört ein System von Mindestnormen, Eckwerten und Leitlinien.
- Verstärkte Überwachung der Einhaltung bereits bestehender Umweltschutznormen.
- Erweiterung der Kompetenzen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz als wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Umweltschutzpolitik.
- Schaffung eines bundesweiten laufend fortzuschreibenden Luft-, Wasser-, Boden-, Lärm- und Abfallkatasters.
- Maßnahmen zur Zurückdämmung der Lärmquellen.
- Errichtung einer Anstalt für Umwelt- und Strahlenschutz.
- Förderung der Entwicklung und Verwendung umweltfreundlicher Produkte und Verfahren.
- Vermehrte Anstrengungen zur Rohstoffrückgewinnung aus dem Abfall von Wirtschaft, Landwirtschaft und Haushalten zur Beendigung der Verschwendung unwiederbringlicher und zunehmend teurer werdender Rohstoffe.
- Umorientierung der Landwirtschaft auf schonende Bewirtschaftungsmethoden, um gesunde Nahrungsmittel, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und eine krisenfeste Grundversorgung zu gewährleisten.
- Intensivierung aller Bemühungen zur Erzielung internationaler Umweltschutzvereinbarungen.
- Förderung einer umweltfreundlichen Mischwaldkultur, um eine einseitig auf Holzproduktion ausgerichtete Forstwirtschaft (Monokultur) zurückzudrängen.
- Trennung von Trink- und Nutzwasserverbrauch bei allen industriellen und gewerblichen Vorhaben sowie Wohnbauplanungen.
- Bedachtnahme auf den Natur- und Landschaftsschutz in den regionalen landes- und bundespolitischen Planungen. Es darf unter dem Schlagwort der „Fremdenverkehrsförderung" und

„Aufschließung" zu keiner Übererschließung der Landschaft kommen, die letztlich zu einer Landschaftszerstörung führt.
- Uneingeschränkte Verwirklichung der Nationalparkvorschläge, insbesondere des Nationalparks Hohe Tauern.

Bessere Gesundheitspolitik durch Reformen

Volksgesundheit liegt im allgemeinen Interesse, ihre Sicherung stellt daher eine öffentliche Aufgabe dar. Liberale Gesundheitspolitik will die wirksame medizinische Betreuung des für seine Gesundheit mitverantwortlichen Bürgers durch sozial verpflichtete Ärzte sowie Angehörige anderer Heil- und Pflegeberufe in einem auf Kooperation angelegten System der medizinischen Versorgung. Sie wendet sich gegen ein Beharren auf dem gegenwärtigen reformbedürftigen Zustand ebenso wie gegen die Verheißung eines Versorgungsstaates, der zum verwalteten Patienten führen muß.

Die FPÖ fordert daher:

- Reform der Krankenversicherung in Richtung einer sozial gestaffelten Kostenbeteiligung, um dem Mißbrauch bei der Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen entgegenzuwirken.
- Verstärkung der Bemühungen, die Menschen vom Sinn der Gesundenuntersuchung zu überzeugen. Dies soll u. a. durch die Gewährung von Kostennachlässen beim Nachweis von regelmäßigen Gesundenuntersuchungen bewerkstelligt werden.
- Schaffung eines einheitlichen Gesundheitspasses für die Neugeborenen, der über die Schul-, Lehrlings-, Musterungs- und Schwangerenuntersuchungen bis zur ärztlichen Betreuung und Krankenhausbehandlung fortzuführen ist.
- Erhaltung der Allgemeinpraktiker, insbesondere der Landärzte als Basis der medizinischen Versorgung unter Einschluß der Gesundenuntersuchung. Praxisgemeinschaften sind zu fördern.
- Ausbau der Familien-, Ehe-, Schwangeren- und Säuglingsberatung. Hiebei ist auf die Erkenntnisse der Psychohygiene, der Genetik und der Sozialpsychologie mehr als bisher Bedacht zu nehmen.

- Verlassen des Abgangsdeckungsprinzips in den Spitälern und Einführung eines leistungsorientierten Zuschußsystems durch Festlegung von Normkosten.
- Festlegung einer Normverweildauer in den Spitälern und fallende Pflegegebührenersätze bei Überschreitung der durchschnittlichen Verweildauer.
- Ausbau der häuslichen Krankenpflege durch mobile Krankenschwestern, sowie durch Pflegezuschüsse und Erleichterung des Pflegeurlaubes.
- Organisatorische Maßnahmen zur besseren Auslastung teurer Geräte.
- Bekämpfung des steigenden Jugendalkoholismus durch Kontrolle der Gaststätten und Ausschankbetriebe mittels ziviler Organe hinsichtlich der Einhaltung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen.
- Verstärkte Aufklärung an den Schulen über die Drogengefahr unter Einschluß des Alkohols und anderer gesellschaftlich tolerierter Drogen.
- Rauchverbot in Schulen und Schulbussen.

Verantwortungsvolle Energiepolitik

Das freiheitliche Energiekonzept 1973 hat die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch als anzustrebendes Ziel verlangt. Daß dies möglich ist, hat die seither eingetretene Entwicklung bestätigt. Die damit verbundene Entspannung bei der Energieversorgung darf nicht dazu verleiten, weitere Anstrengungen zur langfristigen Lösung der Energieprobleme zu vernachlässigen. Die Notwendigkeit, die bisherige Energieversorgung wegen der künftigen Ölverknappung umbauen zu müssen, beinhaltet zugleich die Chance, auf sinnvolle Art zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung beizutragen. Die FPÖ lehnt eine Nutzung der Atomenergie beim gegenwärtigen Stand der Technik nach wie vor entschieden ab. Nach dem „Nein" zum Atomkraftwerk Zwentendorf durch die Volksabstimmung vom 5. November 1978 ist es Hauptaufgabe der heimischen Energiepolitik, energiesparende Investitionen zu fördern und die Nutzung alternativer Energien zu entwickeln.

Die FPÖ fordert daher:

- Einsparung und Rückgewinnung bisher verschwendeter Energie als der größten sofort verfügbaren Energiequelle.
- Verstärkte Verwendung fester Brennstoffe, wobei Kohle aber auch in flüssiger und gasförmiger Form eingesetzt werden soll.
- Entwicklung von Energieträgern aus einheimischer Biomasse, wie Holz, Stroh, Biogas, Biosprit.
- Energiewirtschaftliche Nutzung von Erdwärme.
- Nutzung der Sonnenenergie in direkter und indirekter Form (Umgebungswärme, Wind, Sonnenstrahlung). Systematischer Aufbau einer Solarindustrie auch für Exportzwecke.
- Förderung von Kleinkraftwerken beim Ausbau der Wasserkraft unter Wahrung der Naturschutzinteressen sowie die Beseitigung von administrativen Hemmnissen bei der Errichtung von Kleinkraftwerken aller Art.
- Systematischer Aufbau einer Fernwärmeversorgung auf der Grundlage der Kraft-Wärme-Kupplung.
- Ablöse von bisherigen Steuern auf Produktionsfaktoren, wie der Lohnsummen- und Gewerbesteuer, durch Besteuerung der im Betrieb verbrauchten Energie.
- Eindämmung des übermäßigen Energieverbrauchs im Haushaltsbereich durch progressiv gestaffelte Tarife.
- Verlagerung des Schwergewichtes auf dezentrale Energieerzeugung und Energiebevorratung im Sinne der besseren Vorsorge für den Krisenfall.
- Senkung des Mehrwertsteuersatzes für energiesparende Geräte.

Umdenken in der Verkehrspolitik

Aufgabe einer sinnvollen Verkehrspolitik ist die Herstellung bzw. Erhaltung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen öffentlichem Verkehr und Individualverkehr. Besondere Beachtung verdient dabei die längst fällige Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen, denen schon 1981 aus dem Budget 18,1 Milliarden Schilling – das sind die Gesamteinnahmen des Staates aus der Einkommenssteuer – zugeschossen werden mußten.

Bei Fortsetzung der bisherigen Entwicklung im ÖBB-Bereich droht den österreichischen Finanzen bereits in den allernächsten Jahren ein budgetärer Kollaps, der nur noch durch die eheste Erstellung und Verwirklichung eines tauglichen Unternehmenskonzeptes abgewendet werden kann.

Die FPÖ fordert daher:

- Generelle Aufnahmesperre sowie – als kurzfristige Maßnahme – Personalumschichtungen aus den Zentralstellen und Werkstätten zum Bahnhofs- und Fahrdienst.
- Konkurrenzfähige ÖBB-Tarife und verbesserte Serviceleistungen, um Fahrgäste, die in den vergangenen Jahren auf den Individualverkehr umgestiegen sind, wieder für die Bahn zu gewinnen.
- Beendigung der Doppelgleisigkeit des Kraftwagendienstes von ÖBB und Post sowie Beendigung der Parallelführung von Eisenbahn- und Autobuslinien.
- Aufwertung der Rolle der Nebenbahnen im Rahmen eines den heutigen Anforderungen entsprechenden Nahverkehrskonzeptes.
- Überprüfung, inwieweit die von den ÖBB zur Zeit durchgeführten Reparatur-, Reinigungs- und Wartungsdienste nicht von privatwirtschaftlicher Seite kostengünstiger und schneller bewerkstelligt werden können.
- Anpassung der Pensionsbestimmungen an die im übrigen Öffentlichen Dienst geltenden Regelungen.
- Novellierung des Ausschreibungsgesetzes 1974, damit künftig leitende Funktionen bei den ÖBB ausgeschrieben werden.
- Ausgliederung der ÖBB aus der staatlichen Verwaltung und dem Budget, um zu einem Wirtschaftskörper mit eigener Rechtspersönlichkeit zu gelangen, der eine bessere wirtschaftliche Kontrolle des Unternehmens ermöglicht.
- Entlastung der Transitstraßen durch Ausbau des Huckepackverkehrs, wodurch den Bundesbahnen vermehrt Einnahmen zufließen würden.
- Baldige Schließung der nach wie vor bestehenden Lücken im österreichischen Autobahnnetz.

Unterwegs nach Europa

Auch das neutrale Österreich hat Anspruch auf eine europäische Zukunft. Kein Weg dorthin führt an der Europäischen Gemeinschaft vorbei. Neben diesem Schwerpunkt der europäischen Integration hat die besondere Aufmerksamkeit der österreichischen Außenpolitik aber auch der Zusammenarbeit im Rahmen des größeren Europa zu gelten, also dem engen Miteinander all jener Länder, die im Europarat vereinigt sind. Gerade in diesem

Forum sollte von Österreich immer wieder auch die Südtirol-Frage zur Sprache gebracht werden. Südtirol ist für die FPÖ eine Frage, die in europäischem Geiste gelöst werden muß.

Die FPÖ fordert daher

- Aktivere und initiativere Vertretung der integrationspolitischen Interessen Österreichs gegenüber der Europäischen Gemeinschaft.
- Weiterentwicklung des zwischen Österreich und der EG bestehenden Freihandelsabkommens unter Einbeziehung des Agrarbereiches.
- Wachsame und vorausblickende Wahrnehmung der österreichischen Schutzmachtfunktion für Südtirol gegenüber Italien.
- Verstärkte Bemühungen Österreichs bezüglich eines angemessenen finanziellen Beitrages der EG zum Transitroutenausbau.
- Autonome Teilnahme Österreichs an der Vereinheitlichung europäischer Rechtsvorschriften.
- Intensivierung und Ausbau der parlamentarischen Zusammenarbeit in Europa auf allen Ebenen.
- Aktive Mitwirkung Österreichs an den Bemühungen um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und um einen dauerhaften Frieden in der Welt.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort
Zum Geleit
Die Leitlinien der FPÖ-Politik
Freiheit im Rahmen einer Ordnung ... 3
Gerechtigkeit durch gleiche Startbedingungen ... 4
Leistung belohnen ... 4
Eigentum schafft Unabhängigkeit ... 5
Partei der demokratischen Mitte ... 5
Volksbewußte Gemeinschaft ... 5
Europäische Gemeinschaft ... 6
Erneuerter Staat
Politik und Geschäft trennen ... 6
Parteibuchwirtschaft abbauen ... 7
Bürger und Verwaltung als Partner ... 8
Macht braucht Kontrolle – Kontrolle braucht Macht ... 8
Geordnete Rechtspflege ... 9
Gesicherte Arbeitsplätze
Recht auf Arbeit für alle ... 10
Mitbestimmung – Mitverantwortung ... 11
Breite Vermögensstreuung ... 12
Leistungsfähige Wirtschaft ... 12
„Marshall-Plan" für benachteiligte Regionen ... 13
Leistungswettbewerb fördern ... 14
Leistungsgerechte Steuerpolitik ... 15
Gesunde Staatsfinanzen ... 16
Erneuerte Agrarpolitik ... 17
Geborgen in der Gemeinschaft
In sozialer Sicherheit leben ... 18
Frau und Mann als gleichberechtigte Partner ... 19
Kultur als Ausdruck menschlicher Freiheit ... 20
Familie anerkennen ... 21
Bedarfsgerechtes Wohnen ... 22
Erfüllter Lebensabend ... 23
Freiheit in Sicherheit ... 24
Geschützte Heimat ... 25
Sichere Zukunft
Chancengerechte Bildungspolitik ... 26
Wissenschaft als Wegweiser ... 28
Gesunde Umwelt – unsere Lebensgrundlage ... 29
Bessere Gesundheitspolitik durch Reformen ... 31
Verantwortungsvolle Energiepolitik ... 32
Umdenken in der Verkehrspolitik ... 33
Unterwegs nach Europa ... 34

Impressum und Offenlegung im Sinne des neuen Mediengesetzes

Medieninhaber und Herausgeber: Freiheitliches Bildungswerk; Politische Akademie der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ); Grillparzerstraße 7/7A, 1010 Wien

Hersteller: Zieglerdruck Ges. m. b. H., 4560 Kirchdorf/Krems, Hauptplatz 23

Redaktion: Grillparzerstraße 7/7A, 1010 Wien, Tel. 0222 – 42 44 23-0

Blattlinie: Die „Freien Argumente", eine vierteljährlich erscheinende freiheitliche Zeitschrift für Politik, sollen dem politisch Interessierten als Diskussionsorgan zu wichtigen Fragen von Politik, Kultur und Wirtschaft dienen. Sie bieten eine durch Theorie und Praxis abgestützte Basis für politische Grundsatzfragen und Grundsatzdiskussionen. Vor allem sollen aber aus der Meinungsvielfalt jene Standpunkte wiedergegeben werden, die aus der Sicht freiheitlicher Gesinnung Bedeutung haben, die aber nicht unbedingt Ausdruck der offiziellen Parteimeinung sein müssen.

Jahresbezugspreis für Abonnenten öS 110,–; Preis der Einzelnummer öS 30,–